

07.03.2019

Az. 1.3.3

9. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung in der VI. Wahlperiode

Tag : 21. Februar 2019

Zeit : 16:00 Uhr bis 17:10 Uhr

Ort: Volkswagen-Halle Braunschweig, Europaplatz

Anwesend: Herr Abrahms, Herr Bratmann, Herr Disterheft, Frau Dittmar, Herr Dreß, Herr Enversen, Frau Fischer, Herr Grziwa, Herr Jainta, Herr Jakobowski, Frau Köllner, Herr Lange, Herr Metje, Frau Pifan, Herr Schneider, Herr Schrader, Herr Schramm, Herr Schwarz, Frau Wockenfuß, Herr Zeidler

Herr Meister, Herr Pollmann, Herr Raabe, Herr Schild, Herr Täubert, Herr Wagner

Verwaltung: Herr Brandes, Frau Hahn, Herr Bortfeld, Frau Noske, Herr Thom

Vorsitz: Herr Enversen

Herr Enversen, der die Sitzung in Vertretung des Ausschussvorsitzenden leitet, stellt zunächst klar, dass die Vertretung eines verhinderten Bürgermitglieds - in diesem Fall Herr Gröger - durch Herrn Scherf als Mitglied der Verbandsversammlung nicht möglich ist. Herr Scherf nimmt anschließend im Zuschauerbereich Platz.

Herr Enversen eröffnet dann die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Regionalentwicklung, die weiteren anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung und die Gäste.

Nachdem die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses festgestellt worden ist, weist Herr Enversen auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu Tagesordnungspunkt 7 hin.

Frau Köllner möchte wissen, warum der Antrag ihrer Fraktion nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Gewerbeflächenentwicklungskonzept (KOREG) sei für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung nicht fristgerecht eingegangen, erwidert Frau Hahn, und werde daher im Verbandsausschuss behandelt. Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 22.11.2018

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung wird bei drei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Punkt 2

Zukunftskonzept für die Region Großraum Braunschweig

hier: Strategisches Arbeitsprogramm für den Verband zur Weiterentwicklung der Region

Beschlussvorlage Nr.: 2019/7

Frau Hahn erinnert an den durch die Verbandsversammlung erteilten Auftrag an die Verwaltung, ein strategisches Arbeitsprogramm für die laufende Wahlperiode zu erarbeiten. Dieses Programm liege nun im Entwurf vor (Anlage 2 zur Vorlage). Darüber hinaus sei in der heute vorgelegten Synopse (Anlage 1) dargestellt, in welcher Art und Weise die Anregungen der Mitglieder der Verbandsversammlung sowie der Verbandsglieder in das Zukunftskonzept eingeflossen seien. Frau Hahn weist explizit auf Punkt 4 des Beschlussvorschlages hin, mit dem sich die Verbandsversammlung die kontinuierliche Fortschreibung des Konzeptes vorbehalten.

Frau Wockenfuß bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung des umfangreichen Zukunftskonzeptes, sieht aber auch Schwächen. Neben dem zu sehr auf das Thema Energie verengten Themenfeld Klimaschutz sehe sie diese insbesondere beim Thema Landwirtschaft, das im Zukunftskonzept zu kurz komme. Auch bei der Suche nach regional bedeutsamen Gewerbestandorten müssten die Interessen der Landwirtschaft ausreichend gewürdigt werden.

Frau Hahn erwidert, dass die Belange der Landwirtschaft bei der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms angemessen berücksichtigt würden, auch wenn sie im Zukunftskonzept nicht in aller Ausführlichkeit dargestellt worden seien. Sie verweist insbesondere auf den landwirtschaftlichen Fachbeitrag, der sich umfänglich mit dem Thema befasse.

Herr Enversen verweist auf den Punkt 4 der Beschlussvorlage, der eine spätere Ergänzung des Konzeptes - soweit notwendig - ermögliche.

Die Vorlage sei auch im Ausschuss für Regionalverkehr behandelt worden, merkt Herr Schneider an. Dort sei der Vorlage zugestimmt worden.

Frau Köllner vermisst im Zukunftskonzept Ausführungen zum geplanten Endlager Schacht Konrad sowie zur Asse-Problematik.

Der Regionalverband habe hier keinerlei Kompetenzen, um planerische Aussagen zu treffen, antwortet Frau Hahn. Die beiden Standorte würden im Regionalen Raumordnungsprogramm nur nachrichtlich dargestellt.

Herr Enversen bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage 2019/7.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung empfiehlt einstimmig, wie folgt zu beschließen:

- „1. Die Verbandsversammlung folgt den von der Verbandsverwaltung vorbereiteten Abwägungen gemäß der vorliegenden Synopse (Anlage 1) und beschließt für die VI. Wahlperiode das Zukunftskonzept in der beigefügten Fassung (Anlage 2).*
- 2. Die Verbandsverwaltung wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt.*
- 3. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgt im Zuge einer guten, konstruktiven und transparenten Zusammenarbeit mit den Verbandsgliedern, den Kommunen im Verbandsgebiet, Fachbehörden, Verbänden und weiteren Akteuren.*

4. *Die Verbandsversammlung behält sich vor, das Konzept kontinuierlich zu überprüfen und bei Bedarf fortzuschreiben.“*

Punkt 3

Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für den Großraum Braunschweig hier: Entwurf Leitbilder für die Entwicklung des Großraums Braunschweig Beschlussvorlage Nr.: 2019/15

Frau Hahn stellt die Beschlussvorlage vor und erläutert zunächst, dass der Auftrag zur Neuaufstellung des RROP auch die vorangestellten Leitbilder zur Entwicklung der Region umfasse. Ein Entwurf der fortgeschriebenen Leitbilder liege nun vor, wobei die Ergebnisse des mit den Mitgliedern des Ausschusses für Regionalentwicklung durchgeführten Workshops berücksichtigt worden seien. Frau Hahn betont, dass die Leitbilder inklusive der vorangestellten Präambel nicht an der Rechtsverbindlichkeit des RROP teilnehmen würden. Es handle sich vielmehr um regionalpolitische Zielvorstellungen, die eine Richtschnur für die zu erarbeitenden Festlegungen des RROP darstellen sollten. Daher sei ein Beschluss über die Leitbilder schon zu diesem frühen Zeitpunkt sinnvoll. Eine Vorfestlegung für die Offenlage des RROP-Entwurfs sei mit dem Beschluss nicht verbunden. Änderungsvorschläge der Verbandspolitik und der Kommunen könnten hier weiterhin einfließen. Frau Hahn weist anschließend auf eine kurzfristige Änderung der Präambel zu den Leitbildern hin, die dem Ausschuss zur Sitzung vorgelegt worden sei. Es gehe hier um korrigierte Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Salzgitter, die in den vergangenen Jahre - wie auch in den anderen Oberzentren - positiv gewesen sei. Die Änderungen würden zur Sitzung des Verbandsausschusses in eine Ergänzungsvorlage eingearbeitet.

Auch in den Leitbildern zur Regionalentwicklung seien die Belange der Landwirtschaft nicht hinreichend berücksichtigt worden, sagt Frau Wockenfuß. Ferner sei im Leitbild-Workshop angeregt worden, die Stärken und Schwächen der einzelnen Teilregionen herauszustellen. Diese Betrachtung vermisse sie im vorgelegten Entwurf.

Herr Enversen verweist zum Thema Landwirtschaft auf die Äußerungen von Frau Hahn unter Tagesordnungspunkt 2. Die Leitbilder stellten nur einen groben Handlungsrahmen dar, der nicht so detaillierte Aussagen treffen könne, wie das im RROP selbst notwendig sei.

Frau Hahn ergänzt, dass das Thema Landwirtschaft an verschiedenen Stellen indirekt angesprochen werde, etwa bei den Vorstellungen zur konzentrierten Siedlungsentwicklung. Zum Thema „Stärken stärken“ gebe es in der Präambel einige Ansätze, die nachfolgend aber noch weiter ausgearbeitet werden könnten.

Vor dem Hintergrund der bereits geleisteten umfangreichen Vorarbeiten zur RROP-Neuaufstellung hält Frau Köllner die Vergabe eines Gutachtens zur Ermittlung potenzieller Gewerbeflächen für nicht notwendig.

Herr Enversen verweist auf die Tagesordnung. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zu diesem Thema werde in der nächsten Sitzung des Verbandsausschusses behandelt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet Herr Enversen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung empfiehlt bei wenigen Enthaltungen einstimmig, wie folgt zu beschließen:

„Die Verbandsversammlung beschließt den anliegenden Entwurf der Leitbilder als Arbeitsgrundlage für die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) in der beigefügten Fassung (Anlage).“

Punkt 4

Regionales Radverkehrskonzept und regionales Radverkehrsnetz für den Großraum Braunschweig, Ermächtigung für eine Auftragsvergabe

Beschlussvorlage Nr.: 2019/10

Frau Hahn stellt zunächst dar, dass sowohl für die Neuaufstellung des RROP als auch für die verkehrsträgerübergreifende Verkehrsentwicklungsplanung ein auf aktualisierten Daten basierendes Radverkehrskonzept benötigt werde. Aus diesem Grund sei die Vorlage auch im Ausschuss für Regionalverkehr behandelt worden, wo eine Beschlussempfehlung ausgesprochen worden sei. Die Datenerfassung und Konzepterstellung solle an einen externen Gutachter vergeben werden, wobei von einem Kostenrahmen von etwa 150.000 Euro ausgegangen werde. Die erforderlichen Mittel seien bereits im Haushaltsplan berücksichtigt.

Herr Schramm weist darauf hin, dass es im Ausschuss für Regionalverkehr Änderungswünsche zur Vorlage gegeben habe, und möchte wissen, ob diese noch eingearbeitet würden.

Herr Schneider erläutert, dass im Ausschuss für Regionalverkehr drei Gutachten zum Thema Gesamtmobilität behandelt worden seien. Es wurde über den Vorschlag diskutiert, diese drei Gutachten miteinander zu verknüpfen. Der Vorlage 2019/10 sei dann aber ohne Änderung einstimmig zugestimmt worden, stellt Herr Schneider klar. Auch für die nachfolgenden Gremiensitzungen sei keine Änderung der Vorlagen vorgesehen.

Frau Köllner fragt, ob es nicht im Ausschuss für Regionalverkehr einen Änderungswunsch in Bezug auf den innerstädtischen Gewerbeverkehr gegeben habe.

Herr Schramm ergänzt, dass es noch weitere Anregungen, beispielsweise zum Thema Radwege-Wegweisung, gegeben habe.

Herr Brandes pflichtet Herrn Schneider bei, dass die Vorlage unverändert beschlossen worden sei. Die diskutierten Vorschläge seien aber im Sitzungsprotokoll dokumentiert worden und würden bei der weiteren Projektbearbeitung berücksichtigt.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung empfiehlt einstimmig, wie folgt zu beschließen:

„Für den Großraum Braunschweig wird ein regionales Radverkehrskonzept einschließlich eines regionalen Radverkehrsnetzes erstellt. Die Erstellung erfolgt extern im Rahmen einer Auftragsvergabe.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die entsprechenden Schritte vorzubereiten, ein Vergabeverfahren durchzuführen und den zugehörigen Vertrag zu schließen.

Es werden Kosten in einer Größenordnung von rund 150.000 € einschl. MwSt. kalkuliert. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2019 ff des Regionalverbandes eingestellt.“

Punkt 5

Unterstützung zur Weiterentwicklung der regionalen Radmobilität

hier: Geplante Verwendung der Mittel für die Unterstützung von Projekten

Informationsvorlage Nr.: 2019/14

Frau Hahn weist darauf hin, dass der Regionalverband Großraum Braunschweig die gesetzliche Aufgabe habe, die Kommunen im Verbandsgebiet bei der touristischen Vermarktung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund habe die Verbandsversammlung bereits im September 2018 beschlossen, 50.000 Euro zur Entwicklung der regionalen Radmobilität in den Haushalt einzustellen. Weiter führt Frau Hahn aus, dass das regionale Sattelfest in diesem Jahr nicht stattfinden werde und daher nach anderen Möglichkeiten gesucht worden sei, das Thema Radverkehr auch weiterhin unterstützen zu können. In enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Radmobilität sei dann die Idee entwickelt worden, 40.000 Euro als Kofinanzierung für regionale Veranstaltungen und Projekte zur Verfügung zu stellen. Dazu könnten bis zum 15.03.2019 Förderanträge bei der Verbandsverwaltung eingereicht werden.

Herr Schramm erinnert an den sogenannten Harz-Heide-Kreisel und möchte wissen, welcher Betrag in die Fortführung der Planungen investiert werden solle. Außerdem solle sichergestellt werden, dass das Projekt nicht im Sande verlaufe.

Für den Harz-Heide-Kreisel sollten zunächst 10.000 Euro zurückgestellt werden, antwortet Frau Hahn. Über die weitere Vorgehensweise hinsichtlich dieses Projekts – auch über das laufende Jahr hinaus – solle im Arbeitskreis Radmobilität in diesem Frühjahr diskutiert werden, der Ausschuss für Regionalentwicklung werde über den Sachstand frühzeitig informiert.

Herr Enversen stellt fest, dass der Ausschuss für Regionalentwicklung die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen hat, und schließt den Tagesordnungspunkt.

Punkt 6

Regionales Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum Braunschweig – 1. Änderung „Weiterentwicklung der Windenergienutzung“, hier: Satzungsbeschluss Beschlussvorlage Nr.: 2019/2

Einleitend zum Tagesordnungspunkt 6 bemerkt Herr Enversen, dass die Länge des Verfahrens zur Änderung des RROP 2008 eine Folge der intensiven Berücksichtigung verschiedenster Interessen sei. Die tiefgehenden Beteiligungsverfahren seien gut und richtig, dennoch müsse jedes Verfahren irgendwann zu einem Abschluss gebracht werden. An diesem Punkt sei man nun angekommen. Herr Enversen weist dann auf die Einladung zur Sitzung hin. Dort werde in einer Vorbemerkung erläutert, dass den Mitgliedern der Versammlung alle Verfahrensunterlagen auf verschiedenen Wegen zugänglich seien.

Frau Wockenfuß begrüßt den bevorstehenden Abschluss des Verfahrens und hofft auf eine Genehmigung der RROP-Änderung durch das Amt für regionale Landesentwicklung. Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region sei erforderlich.

Die Begründung zur Vorlage zeige auf, welch langwieriger und schwieriger Prozess die 1. Änderung des RROP 2008 gewesen sei, sagt Herr Schneider. Dieser Prozess sei aber notwendig gewesen, um die Belange der Kommunen sowie der Bürger angemessen zu berücksichtigen. Trotz weiterhin vorhandener Kritik – auch innerhalb der Fraktion der SPD – an Details der Planung sei der Beschluss über den Ausbau der Windenergie in der Region grundsätzlich notwendig und auch unumgänglich. Herr Schneider bedankt sich bei Frau Hahn und ihren Mitarbeitern für die intensive Einbeziehung der Bürger und die objektive Bearbeitung von deren Anliegen. Die Fraktion der SPD werde der Vorlage zustimmen, auch wenn nicht alle Bedenken vollständig ausgeräumt seien.

Auch Herr Grziwa deutet die Dauer des Verfahrens als Ausdruck einer intensiven Öffentlichkeitsbeteiligung. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit und insbesondere für den Mut, das Verfahren gegen alle Widerstände durchzuziehen. Es sei positiv zu bewerten, dass durch das vorliegende Konzept die Windenergienutzung an einigen Standorten gebündelt werde und damit große Teile des Verbandsgebietes freigehalten werden könnten. Dies sei nicht in allen Regionen der Fall. Auch die Fraktion der CDU werde der Vorlage zustimmen.

Herr Lange bedankt sich beim Vorsitzenden für die sensible Einführung in das Thema, es sei bekannt, dass die Fraktion der AfD zu dem hier behandelten Thema eine abweichende Position vertrete. Die Behandlung des Themas auf regionaler Ebene halte er allerdings für richtig. Diese führe zu einem relativ geringen Flächenbedarf für die Windenergienutzung. Aufgrund der Anlagengrößen und der von ihnen ausgehenden Wirkung sei das Empfinden aber häufig ein anderes. Herr Lange sagt, er sei froh, dass es nun zu einem Satzungsbeschluss kommen solle, auch wenn seine Fraktion aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen werde.

Er sei schon immer ein Skeptiker gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Zeitplan für die RROP-Änderung gewesen, sagt Herr Abrahms. Der Punkt 3 der Beschlussvorlage stimme ihn aber zuversichtlich,

dass eine weitere Offenlage des Entwurfs vermieden werden könne, auch wenn sich aus dem Genehmigungsverfahren noch kleinere Änderungsnotwendigkeiten ergeben sollten.

Frau Köllner hat der Presse entnommen, dass Klagen gegen die RROP-Änderung angekündigt worden seien. Sie möchte sich hier noch Informationen verschaffen und werde sich daher heute der Stimme enthalten, auch wenn sie den Satzungsbeschluss grundsätzlich befürworte.

Herr Schramm kündigt an, der Beschlussempfehlung zuzustimmen. Er empfand das Verfahren als sehr langwierig und äußert die Ansicht, dass es sich immer weiter vom Bürger entfernt habe. Er regt deshalb an, in folgenden Verfahren andere Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Auch Herr Schramm spricht seinen Dank an die Verwaltung aus.

Bevor er zur Abstimmung aufruft weist Herr Enversen auf die verteilte Tischvorlage der Verwaltung zur Einführung der „Hinweise zum Schallimmissionsschutz bei Windkraftanlagen (WKA)“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) hin, die den Mitgliedern der Verbandsversammlung auch bereits am 19.02. per E-Mail übersandt worden sei. Der am 01.03.2019 in Kraft tretende Runderlass des niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz habe keinen direkten Einfluss auf die Planung des Regionalverbands, er bitte aber um Kenntnisnahme für die Abwägungsentscheidung zum Satzungsbeschluss Wind. Herr Enversen hält die lange Verfahrensdauer mit intensiver Öffentlichkeitsbeteiligung für ein Ergebnis einer funktionierenden Demokratie. Zu dieser gehöre es aber auch, ein solches Verfahren einmal zu beenden. Im vorliegenden Fall, um einen geordneten Ausbau der Windenergie zu ermöglichen.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung empfiehlt bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich, wie folgt zu beschließen:

- „1. Die Verbandsversammlung macht sich den von der Verbandsverwaltung vorbereiteten Abwägungsbeschluss gemäß der vorliegenden Abwägungsunterlage und Ergebnisprotokolle der Erörterungstermine, den vorliegenden Umweltbericht (§ 8 Abs. 1 ROG), die zusammenfassende Erklärung (§ 10 Abs. 3 ROG) sowie die Begründung und den Methodenband der 1. Änderung „Weiterentwicklung der Windenergienutzung“ des Regionalen Raumordnungsprogramms 2008 für den Großraum Braunschweig nebst Anlagen (s. Anlage) zu Eigen.*
- 2. In Kenntnis der zur Verfügung stehenden Verfahrensunterlagen (Abwägungsunterlage, Ergebnisprotokolle der Erörterungstermine, Umweltbericht, zusammenfassende Erklärung, Begründung und Methodenband der 1. Änderung „Weiterentwicklung der Windenergienutzung“ des Regionalen Raumordnungsprogramms 2008 für den Großraum Braunschweig nebst Anlagen (s. Anlage)) erlässt die Verbandsversammlung die 1. Änderung „Weiterentwicklung der Windenergienutzung“ des Regionalen Raumordnungsprogramms 2008 für den Großraum Braunschweig - bestehend aus der beschreibenden Darstellung und der zeichnerischen Darstellung – in der als zu dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügten Fassung als Satzung.*
- 3. Sollten einzelne Festlegungen der 1. Änderung „Weiterentwicklung der Windenergienutzung“ des Regionalen Raumordnungsprogramms 2008 für den Großraum Braunschweig unwirksam sein bzw. für unwirksam erklärt werden, entspricht es dem Willen der Verbandsversammlung, dass die übrigen Festlegungen wirksam bleiben.*
- 4. Die Verbandsversammlung ermächtigt die Verbandsverwaltung, redaktionelle Änderungen an den Unterlagen vorzunehmen.*
- 5. Der Verbandsdirektor wird beauftragt, die Satzung dem Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig zur Genehmigung vorzulegen.“*

Punkt 7

Anträge

Herr Enversen stellt fest, dass sich der Ausschuss auf eine gemeinsame Behandlung der vorliegenden Anträge verständigt hat.

7.1

Wasserstoff-Tankstellennetz engmaschig ausbauen, effiziente Brennstoffzellenfahrzeuge auf den Straßen ermöglichen

-Antrag der Fraktion der CDU-

7.2

Wasserstoff-Tankstellennetz engmaschig ausbauen, effiziente Brennstoffzellenfahrzeuge auf den Straßen ermöglichen

- Änderungsantrag der Fraktion der SPD zum Antrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2019 -

Herr Schneider berichtet, dass die Fraktionen der CDU und der SPD übereingekommen seien, die vorliegenden Anträge heute zu behandeln, aber nicht zur Abstimmung zu stellen. Zur folgenden Sitzung des Verbandsausschusses solle dann ein gemeinsamer, überarbeiteter Antrag eingebracht werden. Anschließend arbeitet Herr Schneider die Unterschiede zwischen den beiden vorliegenden Anträgen heraus. Unter anderem sehe der Antrag der SPD eine Kostenabschätzung durch die Verwaltung vor und stelle auch die Frage nach potenziellen Akteuren und technischen Voraussetzungen für den Aufbau eines Wasserstofftankstellennetzes.

Herr Grziwa erläutert die Intention der CDU-Fraktion, die dem vorliegenden Antrag zugrunde liege. Man wolle der Verwaltung einen Anstoß geben, die Verwendung der insbesondere durch Windenergienutzung gewonnenen elektrischen Energie für die Wasserstoffgewinnung und damit für den Mobilitätssektor voranzutreiben. Herr Grziwa hebt die Bedeutung der Fahrzeugindustrie für die Region hervor und betont, dass die Elektromobilität kein Allheilmittel sei, andere Technologien dürften nicht vernachlässigt werden. Hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise schließt er sich Herrn Schneider an.

Herr Enversen stellt fest, dass derzeit keine konsolidierte Beratungsgrundlage vorliege. Er bittet daher, die inhaltliche Diskussion auf nachfolgende Gremiensitzungen zu verschieben.

Es gebe neben dem Wasserstoff noch weitere Energieträger, die kein CO₂ erzeugten, merkt Herr Jakubowski an. Dies sollte bei den weiteren Überlegungen berücksichtigt werden.

Herr Lange findet es gut, dass das Thema Wasserstoffnutzung in den Gremien des Regionalverbands behandelt werde. In Bezug auf den Ausbau des Wasserstofftankstellennetzes sehe er einen großen Bedarf.

Herr Brandes bietet an, dass die Verwaltung Gespräche mit den antragstellenden Fraktionen führen könne, um die Möglichkeiten des Regionalverbands auszuloten und den Antrag entsprechend zu fokussieren.

Herr Enversen stellt fest, dass die vorliegenden Anträge behandelt wurden und schließt den Tagesordnungspunkt.

Punkt 8

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Punkt 9

Mitteilungen

Es gibt keine Mitteilungen.

Herr Enversen bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für deren Diskussionsbeiträge sowie bei den Zuschauern und schließt die Sitzung um 17:10 Uhr.



Enversen

- stellv. Vorsitzender -

Brandes

- Verbandsdirektor -

Bortfeld

- Protokollführer -